

Bündnis 90/Die Grünen

26. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

1.-3. Dezember 2006, Kölnmesse, Köln-Deutz

Menschenrechte als Leitbild einer neuen Russlandpolitik

Russland ist das größte Land der Welt mit der achtgrößten Bevölkerung, verfügt über das weltweit größte Atomwaffenarsenal und über die größten Erdgasreserven der Welt. Diese strategisch wichtigen Rohstoffe sind heute zugleich die Hauptquelle russischen Einflusses in der Welt. Vorrangiges Instrument russischer Außenpolitik ist deshalb ein Geflecht staatlich kontrollierter Rohstoff-Monopole, die gegen ausländische Beteiligungen weitgehend abgeschirmt sind. Diese Konzerne, deren bekanntester Gasprom ist, werden auch als wirtschaftliche Waffe im Ausland verwendet: Die Gaspreispolitik gegenüber der Ukraine 2005 und die jüngste Ankündigung, den Preis für exportiertes Gas an Georgien ab 2007 zu verdoppeln, sind dafür Beispiele.

Es war und ist eine gewaltige Aufgabe, den russischen Teil der Sowjetunion in eine offene Gesellschaft zu transformieren. Russland bedurfte nach der Regierungszeit Jelzins einer politischen und ökonomischen Stabilisierung. Die Reformversuche der frühen 90er Jahre hatten die Entwicklung einer Marktwirtschaft initiiert, gleichzeitig aber zu großen sozialen Spannungen und einer damit einhergehenden weitgehenden Ablehnung der Demokratie geführt. Diese Haltung steht im Widerspruch zu Russlands Mitgliedschaft im Europarat, der sich für die Wahrung der Menschenrechte und den Ausbau demokratischer Rechte einsetzt. Die gegenwärtige Führung lehnt eine unmittelbare Übernahme europäischer Demokratiestandards unter Verweis auf die spezifische Geschichte des Landes und seinen Entwicklungsstand als unpassend für Russland ab.

Seit der Präsidentschaft von Wladimir Putin seit 1999 hat sich die negative Entwicklung im Bereich Menschenrechte und Demokratie, die schon unter Jelzin begonnen hatte, fortgesetzt. In der Rückschau erscheinen die ersten Jahre unter Jelzin als eine kurze Blütezeit der Demokratie in Russland. Auf den Gebieten der Möglichkeiten zur Partizipation an öffentlichen Entscheidungen und der Pressefreiheit sowie des Schutzes vor staatlicher Willkür hat es unter Putin erhebliche Rückschritte gegeben. Während seiner Amtszeit wurde das Konzept der „gelenkten Demokratie“ entwickelt. Durch Veränderungen von Parteien- und Wahlgesetz wurden die Möglichkeiten demokratisch-liberaler Oppositionsparteien erheblich eingeschränkt. Gleichzeitig initiiert die Präsidential-Administration ein scheinbar pluralistisches Parteiensystem mit simulierter und geduldeter Opposition. Die Regierungspartei hat jedoch in der Staatsduma eine Zweidrittelmehrheit.

Dennoch hat sich eine lebendige Zivilgesellschaft gebildet. Vor allem im sozialen Bereich, aber auch in den Bereichen der Bildung, des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes und vielen anderen Bereichen füllt sie die großen Lücken, die sich durch die Schwäche der eigentlich zuständigen staatlichen Strukturen auftun. Zivilgesellschaftliche Organisation im engeren politischen Sinne ist unter Putin jedoch merklich geschwächt worden. Der Kreml verfolgt die Strategie, politisch eher unkritische und daher unproblematische NGOs im Geiste der „gelenkten Demokratie“ zu stärken, in der so genannten „Gesellschaftskammer“ zusammenzufassen und gleichzeitig kritischere NGOs zu diffamieren, einzuschüchtern, zu verbieten und durch eine Reihe gesetzlicher Regelungen in ihrer Arbeit zu behindern. Es ist zu befürchten, dass das neue NGO-Gesetz dieser Entwicklung Vorschub leisten und als ein weiteres Instrument einer gelenkten Demokratie genutzt werden wird.

Durch staatlich kontrollierte Energie-Konzerne wie Gazprom wird mittels Mehrheitsbeteiligungen u.a. zunehmende Kontrolle über ehemals unabhängige Medien in Russland ausgeübt. Alle überregionalen elektronischen Medien und die meisten überregionalen Printmedien sind so schon unter staatlicher Kontrolle

Wie auch andere Regeln gesellschaftlichen Zusammenlebens unterliegt die Justiz der Prämisse: Recht ist, was dem Staat dient. Bekanntestes Beispiel ist das Verfahren zur Verurteilung Michail Chodorkowskis und die Zerschlagung seines Öl-Konzerns Yukos zugunsten staatlich kontrollierter Monopole. Die gewachsene Transparenz Russlands nach innen wie nach außen zwingt jetzt allerdings zu einem höheren Grad an Legitimation als die frühere sowjetische Willkür. Berichten zufolge herrschen in Russland katastrophale Haftbedingungen, mehr als die Hälfte aller Insassen in Gefängnissen ist krank, Misshandlungen von Häftlingen sowie Amtsmissbrauch von Gefängnispersonal sind an der Tagesordnung. Dennoch versucht der Staat, Erkenntnisse z.B. über rechtsstaatswidrige Zustände in den Gefängnissen und Lagern zu behindern.

Aktuelles Beispiel ist die Weigerung, dem UN-Sonderberichterstatter für Folter, Manfred Nowak, Besuche in russischen Haftanstalten zur Gewinnung solcher Erkenntnisse zu ermöglichen.

Von dieser allgemeinen Situation in Russland hebt sich die Lage im Nordkaukasus und vor allem in Tschetschenien noch einmal deutlich negativ ab. Während die russische Regierung von einer „Normalisierung“ spricht und der Krieg als beendet erklärt wird, ist die Menschenrechtssituation unter der Herrschaft des von Russland protegierten, vom Kreml installierten Milizenführers Ramsan Kadyrow nach wie vor katastrophal. In Russland lebende Tschetscheninnen und Tschetschenen - seit neuestem auch Georgierinnen und Georgier - sind kollektiven staatlichen Repressionen ausgesetzt. Die Förderung rassistischer Ressentiments bis hin zu Pogromen wird dabei zumindest billigend in Kauf genommen. Kritik an der Situation in Tschetschenien und an der russischen Tschetschenienpolitik jedoch ist gefährlich: Die Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja und die gerichtliche Liquidation der russisch-tschetschenischen Freundschaftsgesellschaft in Nischni - Nowgo-

Beschluss:

Menschenrechte als Leitbild einer neuen Russlandpolitik
S. 2/5

Bündnis 90/Die Grünen
26. Bundesdelegiertenkonferenz
1.-3. Dez. 2006, Rheinparkhallen Köln

rod sind beregte Beispiele dafür.

In der Zivilgesellschaft und den demokratischen oppositionellen Parteien wird der Anspruch aufrechterhalten, Russland zu einem demokratischen Land mit einer emanzipierten Gesellschaft zu entwickeln. Dafür spielt der Bezug auf die europäischen Standards für die Organisation der Gesellschaft und ihre Entfaltungsmöglichkeiten eine wichtige Rolle. Trotz der unstrittigen Besonderheiten Russlands werden sie als Maßstab für die weitere Entwicklung des Landes angesehen.

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen seit Jahren die demokratischen Kräfte beim Aufbau einer aktiven Zivilgesellschaft und werden dies auch weiterhin tun.

Strategische Partnerschaft mit Russland

Bündnis 90/Die Grünen sehen eine enge, strategische Partnerschaft mit Russland als richtiges und notwendiges Ziel an. Russland ist der größte Nachbar der Europäischen Union und durch den Reichtum an Ressourcen ein wichtiger Handelspartner. Der wechselseitige Anspruch auf Zuverlässigkeit und Energiesicherheit erfordert dafür die Ratifizierung und Umsetzung der Energiecharta auch durch Russland. Nur so können Befürchtungen in Transit- und Empfängerländern in Osteuropa und der EU ausgeräumt werden, mit Lieferstopps und willkürlichen Preiserhöhungen erpresst zu werden.

Politik im deutschen und im europäischen Interesse ist immer auch Menschenrechtspolitik. Wir Grüne lehnen es ab, eine vermeintliche Abhängigkeit von russischen Rohstoffen als Begründung für die Akzeptanz demokratischer Defizite und Menschenrechtsverstöße anzuerkennen. Die von der Bundesregierung propagierte neue Russlandpolitik darf daher nicht einseitig auf Rohstoffe schielen und darf zur Situation der Menschenrechte in Russland nicht schweigen.

Das neu auszuhandelnde Partnerschafts- und Kooperations-Abkommens (PKA) mit Russland ist Teil der EU-Strategie. Erklärtes Ziel ist hierbei u.a., Anstrengungen zur Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen. Dieses zentrale Kooperationsfeld mit Russland muss auch in Zukunft durch konkrete Maßnahmen mit Leben erfüllt werden. Die Projekte im Rahmen des bisherigen TACIS - Programms der EU sind weiterzuführen. Dabei geht es weniger um finanzielle Hilfen als um die Vermittlung von EU-Standards. Besonderes Augenmerk ist deshalb auf Projekte zur Förderung institutioneller, rechtlicher und administrativer Reformen zu legen.

Wir Grüne fordern von der Bundesregierung, innerhalb des politischen Dialogs als Teil des Abkommens dafür zu sorgen, dass die Zusammenarbeit im Hinblick auf Stabilität und Sicherheit, insbesondere Energiesicherheit nicht die Zusammenarbeit bei der Stärkung der Zivilgesellschaft, der Demokratie, des Umweltschutzes und der Menschenrechte unterläuft. Die Bundesregierung muss im Rahmen der EU-Präsidentschaft dafür Sorge tragen, dass innerhalb des politischen Dialogs mit Russland Demokratie und Menschenrechte wesentlich stärker als bisher berücksichtigt werden. Innerhalb des Vertragswerkes des PKA ist in den menschenrechtsbezogenen Vereinbarungen ein effektives Monitoringverfahren aufzunehmen.

Europäische Interessenpolitik ist immer Menschenrechtspolitik

Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung dazu auf, während ihrer Ratspräsidentschaft eine koordinierte und gemeinsame Strategie der EU gegenüber Russland durchzusetzen. Diese muss die Menschenrechte und Grundfreiheiten als eine wesentliche Voraussetzung einer strategischen Partnerschaft begreifen.

Langfristige Stabilität und eine verlässliche Rechtsordnung fordern deutsche Unternehmen im eigenen Interesse zu Recht ein. Wir fordern diese Unternehmen dazu auf, mit Hilfe eines Verhaltenskodex in ihrem Einflussbereich europäische Menschenrechts- und Sozialstandards zu berücksichtigen.

Bündnis 90/Die Grünen werden die Bemühungen der Bundesregierung, die Demokratisierung Russlands zu unterstützen, und die Aufgeschlossenheit der russischen Regierung hierfür an positiven Signalen in folgenden Bereichen messen:

- Gewährleistung der Medienfreiheit durch Entwicklung eines öffentlich-rechtlichen anstelle eines staatlich kontrollierten Mediensystems und Beendigung des Einsatzes steuerrechtlicher Instrumente zur Bekämpfung unabhängiger Medien;
- Konsequente und transparente Aufklärung des Falls Anna Politkowskajas und aller anderen ermordeten Journalistinnen und Journalisten;
- Förderung einer pluralistischen, von der Kreml-Administration unabhängigen Parteienlandschaft durch gesetzliche Erleichterungen für Registrierung, Kandidatinnen- und Kandidatenaufstellung und Zugang zu Parlamenten;
- Gewährleistung der Entwicklungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft durch Beendigung der straf- und steuerrechtlichen Verfolgung unabhängiger und kritischer Nicht-Regierungsorganisationen sowie entsprechende Anwendung bzw. Revision des NGO-Gesetzes;
- Beendigung der Straflosigkeit gegenüber Verbrechen der Sicherheitskräfte in Tschetschenien und Bereitschaft der russischen Justizorgane, Klagen tschetschenischer Opfer in Ermittlungen und Gerichtsverfahren zu verfolgen;
- Beendigung der staatlich initiierten, kollektiv angewandten und besonderes gegenüber Kaukasier und Kaukasierinnen akuten Repressionen und konsequente, strafrechtliche Verfolgung rassistisch motivierter Straftaten, sowie der Verbreitung entsprechender Ideologien;
- Zulassung unabhängiger, auch internationaler Untersuchungen zu den Haftbedingungen in russischen Strafanstalten, insbesondere durch den UN-Sonderbeauftragten für Folter;
- Beendigung der menschenrechtswidrigen und schikanösen Behandlung von Michail Chodorkowski und vieler anderer Häftlinge des russischen Strafvollzugs;
- Gewährleistung der Demonstrationsfreiheit und Schutz von friedlichen Demonstranten vor Gewalt

Beschluss:

Menschenrechte als Leitbild einer neuen Russlandpolitik
S. 4/5

Bündnis 90/Die Grünen
26. Bundesdelegiertenkonferenz
1.-3. Dez. 2006, Rheinparkhallen Köln

- Entwicklung eines Monitoringverfahrens innerhalb des PKAs